



REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN  
DR. WOLFGANG SCHÜSSEL

II-7766 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 6. Juni 1989

Zl. 10.101/107-XI/A/1a/89

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Rudolf P Ö D E R

Parlament  
1017 W i e n

3565/AB  
1989 -06- 08  
zu 3612/1

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3612/J betreffend den zweiten Bauabschnitt des Bundesamtsgebäudes in der Dampfschiffstraße, welche die Abgeordneten Dr. Frischen-schlager, Probst und Eigruber am 10. April 1989 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Punkt 1 der Anfrage:

Am 8. April 1987 fand in meinem Ressort mit Vertretern des Bundesministeriums für Landesverteidigung und des Rechnungshofes eine Grundsatzbesprechung zur Abklärung des gesamten Standortkonzeptes für die Zentralstellen des Bundesministeriums für Landesverteidigung statt. Als Ergebnis wurde die Widmungsänderung des "2. Bauabschnittes" (Bauteil 1 und 3) des Bundesamtsgebäudes Dampfschiffstraße für den, durch die nur vorübergehende Unterbringung am Körntnerring gegebenen Bedarf der Bundesbaudirektion Wien sowie des bestehenden Bauteiles 2 zur ausschließlichen Nutzung durch den Rechnungshof festgelegt.

Die schriftliche Fixierung dieser Entscheidung erfolgte mit Geschäftsstück meines Ressorts vom 15. April 1987, Zl. 697.210/3-V/8/87.

- 2 -

Zu Punkt 2 der Anfrage:

Die Nutzungsänderung resultierte aus dem grundsätzlichen Wunsch des Bundesministeriums für Landesverteidigung nach Festlegung des Standortes Roßauer-Kaserne für die gemeinsame Unterbringung aller seiner bislang dislozierten Zentralstellen in einem Bundesgebäude. Dieser Bedarf wurde vor der oben genannten Entscheidung mit Schreiben des Herrn Bundesministers für Landesverteidigung Dr. Lichal vom 3.3.1987 nachdrücklich angemeldet.

Da eine umfassende Unterbringung der Zentralstellen des Bundesministeriums für Landesverteidigung im Neubau Dampfschiffstraße keinesfalls möglich gewesen wäre, wurde anlässlich der erwähnten Besprechung mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung der Standort Rossauer-Kaserne definitiv festgelegt.

Diese Entscheidung ist gleichfalls mit Geschäftsstück Z1.697.210/3-V/8/87 dokumentiert.

Zwischenzeitig wurden seitens der Stadt Wien und insbesondere der Bevölkerung des 9. Bezirkes der Wunsch nach einer gemischten Nutzung der Roßauerkaserne zur Belebung des gesamten Stadtbildes erhoben. Diesem Wunsch entsprechend wurden die Professoren PEICHL, HOLZBAUER und HIESMAYER beauftragt, ein Gutachten auszuarbeiten. Darauf aufbauend wurden 12 Architekten mit der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen betraut. Die in einer ersten Gutachterstufe ausgewählten 4 besten Lösungsvorschläge werden derzeit in einer zweiten Konkretisierungsphase weiterbearbeitet, wobei ein Konsens zwischen den Nutzerwünschen einerseits und den Forderungen der Bevölkerung andererseits erreicht werden soll.

